

**Aschoff, Albrecht**, \* 11. 4. 1899 Berlin, † 11. 8. 1972 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Jurist (Rechtsanwalt), ev.

A., Sohn eines Sanitätsrates, besuchte ein Humanistisches Gymnasium in Berlin, nahm 1916-18 am Ersten Weltkrieg teil und studierte 1920-23 Rechtswissenschaften in Bonn, Berlin und Rostock. 1923 bestand er das Referendarexamen, 1927 das Assessorexamen und wurde im selben Jahr mit der Arbeit *Die Rechtsnatur des Lieferungsvertrages im Verkaufsyndikat. Eine kartellrechtliche Untersuchung* (veröffentlicht 1930) zum Dr. jur. promoviert. 1927-34 war er als selbständiger Rechtsanwalt in Berlin tätig. Seit Herbst 1934 Offizier in der Wehrmacht, nahm A. 1939-45 am Zweiten Weltkrieg teil. 1945 geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Oktober 1955 entlassen wurde. 1957 ließ sich A. als Rechtsanwalt in Essen nieder und gehörte der Geschäftsführung des Unternehmerversandes Ruhrbergbau an.

1919-32 war A. Mitglied der Deutschen Volkspartei und gehörte zuletzt ihrem Zentralvorstand an. 1956 trat er in die FDP ein. 1959 war er Vorsitzender des Bezirksverbandes Ruhr und des Landesvorstandes der Partei, Vorsitzender des wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses Ruhr, Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Bundespartei und Mitglied des Bundeshauptausschusses der FDP. Viele Jahre war A. Ratsherr in Essen und Mitglied des Europäischen Parlaments. 1970 wurde er Vizepräsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1961-65 saß A. im Bundestag der 4. Wahlperiode mit einem Mandat der Landesliste Nordrhein-Westfalen. Bis Anfang Januar 1963 war er Stellvertretendes Mitglied des Wirtschaftsausschusses, danach Ordentliches Mitglied und dessen Vorsitzender. Er war außerdem Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Verteidigung (bis Februar 1963 und seit November 1963), des Rechtsausschusses (von Februar bis November 1963) und des Ausschusses für Entwicklungshilfe (bis November 1963). A. trat besonders durch seine Initiativen zur Reform der Parlamentsarbeit hervor.